

Landtag Rheinland-Pfalz

(6. Wahlperiode)

Stenographischer Bericht

über die

36. Sitzung des Landtages Rheinland-Pfalz

im Landtagsgebäude zu Mainz

am 19. Mai 1969

Tagesordnung:		Seite
1. Wahl des Ministerpräsidenten		1390
<i>Abg. Dr. Kohl (CDU) zum Ministerpräsidenten gewählt.</i>		1390
2. Vereidigung des Ministerpräsidenten		1391
3. Vereidigung der Minister		1392
4. Entgegennahme einer Regierungserklärung		
<i>Regierungserklärung wurde in der 37. Sitzung am 20. Mai abgegeben</i>		
5. Aussprache über die Regierungserklärung vom 20. Mai 1969		
<i>für die 38. Sitzung zurückgestellt</i>		
6. Bestätigung der Regierung gemäß Artikel 98 Abs. 2 der Verfassung		
<i>für die 38. Sitzung zurückgestellt</i>		
7. Erste Beratung eines Urankrages der Fraktionen der CDU, SPD und FDP betr. Landesgesetz zur Änderung des Schulpflichtgesetzes.		
<i>- Drucksache VI/1211 -</i>		
<i>Zurückgestellt für die 38. Sitzung</i>		
8. Antrag des Petitionsausschusses betr. beratene Eingaben		
<i>- Drucksache VI/1213 -</i>		
<i>Zurückgestellt für die 38. Sitzung</i>		
9. Zweite und dritte Beratung eines Landesgesetzes über die Landesvermessung (Landesvermessungsgesetz - LVerMG -)		
<i>- Drucksache VI/473 -</i>		
<i>Zurückgestellt für die 38. Sitzung</i>		
10. Zweite und dritte Beratung eines Landesgesetzes zur Änderung des Waffen- gesetzes		
<i>- Drucksache VI/789 -</i>		
<i>Zurückgestellt für die 38. Sitzung</i>		
11. Zweite und dritte Beratung eines Dritten Landesgesetzes zur Änderung des Landesgesetzes über die Errichtung einer Architektenkammer im Lande Rheinland-Pfalz in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. Mai 1963 (GVBl. S. 133)		
<i>- Drucksache VI/790 -</i>		
<i>Zurückgestellt für die 38. Sitzung</i>		

12. **Zweite und dritte Beratung eines Landesgesetzes über die Veröffentlichung gerichtlicher Bekanntmachungen**
- Drucksache VI/1109 -
Zurückgestellt für die 38. Sitzung
13. **Zweite und dritte Beratung eines Urantrages der Fraktionen der CDU, SPD und FDP betr. Erstes Landesgesetz zur Änderung des Landesgesetzes über die Entschädigung der Mitglieder des Landtages Rheinland-Pfalz (Abgeordnetenentschädigungsgesetz)**
- Drucksache VI/1127 -
Zurückgestellt für die 38. Sitzung
14. **Erste Beratung eines Fünften Landesgesetzes zur Änderung des Weinbergaufbaugesetzes**
- Drucksache VI/1228 -
Zurückgestellt für die 38. Sitzung
15. **Erste Beratung eines Sechsten Landesgesetzes zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes**
- Drucksache VI/1229 -
Zurückgestellt für die 38. Sitzung
16. **Erste Beratung eines Urantrages der Fraktion der SPD betr. Landesgesetz zur Änderung der Landesverfassung**
- Drucksache VI/1200 -
Zurückgestellt für die 39. Sitzung
17. **Erste Beratung eines Urantrages der Fraktion der SPD betr. Landesgesetz über die Befugnisse des Petitionsausschusses des Landtags**
- Drucksache VI/1201 -
Zurückgestellt für die 39. Sitzung
18. **Antrag der Fraktion der SPD betr. Einsetzung eines Sonderausschusses gemäß § 73 der Geschäftsordnung des Landtags**
- Drucksache VI/1202 -
Zurückgestellt für die 39. Sitzung
19. **Antrag der Fraktion der CDU betr. Aufhebung der Immunität von Abgeordneten**
- Drucksache VI/1128 -
Zurückgestellt für die 39. Sitzung
20. **Erste Beratung eines Urantrages der Fraktion der FDP betr. Landesgesetz zur Stärkung der Bürgerrechte**
- Drucksache VI/1198 -
Zurückgestellt für die 39. Sitzung
21. **Antrag der Fraktion der SPD betr. Nachtragshaushalt 1969**
- Drucksache VI/1199 -
Zurückgestellt für die 39. Sitzung
22. **Große Anfrage der Fraktion der SPD betr. Kostenbeiträge der Gemeinden zur Forstbewirtschaftung**
- Drucksache VI/1134 -
Zurückgestellt für die 39. Sitzung
23. **Fragestunde**
- Drucksache VI/1227 -
Zurückgestellt für die 39. Sitzung

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Dr. Kohl, die Staatsminister Dr. Eicher, Dr. Geißler, Meyer,
Dr. Neubauer, Schneider, Dr. Vogel, Wolters

Es fehlten:

Entschuldigt: die Abgeordneten Müller, Jak., Rothley, Schweitzer, Völker

Rednerverzeichnis:

Präsident Van Volxem	1386, 1390, 1391, 1392, 1393
Gaddum	1390
Dr. Kohl (CDU)	1390
Ministerpräsident Dr. h. c. Altmeier	1388
Ministerpräsident Dr. Kohl	1391
Staatsminister Dr. Eicher	1392
Staatsminister Dr. Geißler	1392
Staatsminister Meyer	1393
Staatsminister Dr. Neubauer	1392
Staatsminister Schneider	1392
Staatsminister Dr. Vogel	1393
Staatsminister Wolters	1392

**36. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz
am 19. Mai 1969**

Die Sitzung wird um 10.35 Uhr durch den Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Van Volxem:

Ich eröffne die 36. Sitzung des Landtages Rheinland-Pfalz. Beisitzer der heutigen Sitzung sind die Herren Abgeordneten Lück und Roker. Herr Abgeordneter Roker führt die Rednerliste.

Es fehlen entschuldigt die Abgeordneten Rothley, Belzner, Völker, Schweitzer und Jakob Müller.

Ich habe die Freude, heute dem Herrn Abgeordneten Schübler - er ist nicht im Saale - zu seinem 65. Geburtstag zu gratulieren, den er am 17. Mai vollendet hat.

(Beifall des Hauses.)

Die Tagesordnung liegt Ihnen vor. Einsprüche erfolgen nicht. Wir erledigen heute die Punkte 1, 2 und 3.

Meine Damen und Herren! Vor Eintritt in die Tagesordnung habe ich Ihnen zwei Schreiben des Herrn Ministerpräsidenten bekanntzugeben. Das erste Schreiben lautet:

Mainz, den 18. Mai 1969

An den
Präsidenten des Landtages Rheinland-Pfalz
in Mainz

Ich gestatte mir, Ihnen mitzuteilen, daß ich hiermit von dem Amte des Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz zurücktrete.

gez. Altmeier

Das zweite Schreiben lautet:

Mainz, den 18. Mai 1969

An den
Präsidenten des Landtages Rheinland-Pfalz
in Mainz

Mit Schreiben vom heutigen Tage haben mir alle Herren Kabinettsmitglieder folgendes mitgeteilt:

Da Sie Ihre Absicht bekundet haben, Ihr Amt als Ministerpräsident zum Verfassungstag am 18. Mai 1969 niederzulegen, erklären wir Ihnen unseren Rücktritt.

Ich bitte um gefl. Kenntnisnahme.

gez. Altmeier

Meine Damen und Herren! Der Rücktritt von Ministerpräsident Dr. Peter Altmeier kommt nicht überraschend. Dennoch glaube ich, kann sich in diesem Augenblick niemand des Eindruckes dieses Ereignisses entziehen. Nach fast 22jähriger Amtszeit gibt der erste gemäß der Verfassung unseres Landes amtierende Ministerpräsident seinen Auftrag an die Volksvertretung endgültig zurück. Dies bedeutet auch in der Geschichte

des Landtags eine Zäsur. Das Phänomen einer so langen Amtszeit wird allein dadurch deutlich, daß nur noch sechs Abgeordnete Mitglied des Hauses sind, die an der ersten Wahl am 9. Juli 1947 teilgenommen haben, und, wie aus dem Wahlergebnis hervorgeht, ihre Stimme dem Abgeordneten Peter Altmeier gaben. Es sind dies die Abgeordneten Johann Beckenbach, Herbert Müller, Otto Schmidt, Oskar Stübinger, Heinrich Völker und August Wolters.

Bei einer Würdigung der Regierungszeit Dr. Altmeiers, seiner Leistungen und seines Wesens, ist der Sprecher des Landtags an die Neutralität seines Amtes gebunden und muß sich Lob und Wertungen versagen, die ihm die persönliche Hochschätzung nahelegen. Zudem bleibt Dr. Altmeier auch nach seinem Ausscheiden vom Amt des Ministerpräsidenten als Abgeordneter im politischen Leben.

Die Spanne von 1947 bis 1969 ist so groß, daß nur wenige heute noch im öffentlichen Leben Stehende die politischen Ereignisse präsent haben, an denen Peter Altmeier schon einflußreich mitgewirkt hat.

Nach der Konstituierung des ersten, am 18. Mai 1947 gewählten Landtags bildete zunächst Dr. Boden ein Kabinett, dem jedoch das Vertrauen nach Artikel 99 der Verfassung nicht erteilt wurde. Auch nach langen Verhandlungen konnte eine Zustimmung aller Parteien für Dr. Boden nicht erreicht werden. Die CDU-Fraktion brachte daraufhin ihren Fraktionsvorsitzenden, Peter Altmeier, in Vorschlag.

Im ersten Kabinett Altmeier waren alle Parteien einschließlich der Kommunisten vertreten. Eine Umbildung erfolgte am 9. April 1948 infolge eines Mißtrauensantrages gegen den der KPD angehörenden Wiederaufbauminister Feller und des freiwilligen Ausscheidens von Verkehrsminister Neumayer von der Demokratischen Partei.

Am 9. November 1949 schieden vorübergehend auch die Minister der SPD aus dem Kabinett aus.

Ein drittes Kabinett Altmeier wurde am 14. Dezember 1949 gebildet unter Beteiligung von CDU und SPD.

Die ersten Jahre, meine Damen und Herren, waren bestimmt von dem Bemühen der Regierung, die armseligen Lebensverhältnisse im Lande, die in der Französischen Zone besonders drückend empfunden wurden, zu bessern. Die kümmerlichen Existenzgrundlagen waren durch Demontagen zusätzlich gefährdet. Der Wiederaufbau von kriegszerstörten Wohnungen, Betrieben und öffentlichen Einrichtungen erforderte ein hohes Maß von Einsatz und Improvisationsvermögen.

Das politisch bedeutsamste Ereignis dieser Zeit war die Schaffung des Grundgesetzes und die Zustimmung für unser Land durch den Beschluß des Landtags vom 18. Mai 1949, also gestern vor 20 Jahren. Die Rücktrittserklärung von Ministerpräsident Dr. Peter Altmeier ist auf den 20. Jahrestag dieses Ereignisses datiert.

Durch seine Mitwirkung war als entscheidende Voraussetzung die Bildung des Parlamentarischen Rates erfolgt. Die drei westlichen Besatzungsmächte hatten am 1. Juli 1948 durch ihre Militärgouverneure den Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder die sogenannten Londoner Dokumente übergeben. Die Westmächte erklärten in diesen Dokumenten, die Notwendigkeit erkannt zu haben, dem deutschen Volk Gele-

(Präsident Van Volkem)

genheit zu geben, auf der Grundlage einer freien und demokratischen Regierungsform die deutsche Einheit wieder herzustellen. Ministerpräsident Dr. Altmeier lud daraufhin seine Kollegen - die Ministerpräsidenten der deutschen Länder - zu einer Konferenz nach Koblenz ein. Auf dieser als „Rittersturz-Konferenz“ bekannten Tagung beschlossen die Ministerpräsidenten, von der Ermächtigung der Besatzungsmächte Gebrauch zu machen und eine verfassunggebende Versammlung, den sogenannten Parlamentarischen Rat, nach Bonn einzuberufen, um durch ihn ein Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland ausarbeiten zu lassen.

Damals war man sich der Problematik einer Sonderregelung für den westlichen Teil Deutschlands durchaus bewußt. Ministerpräsident Altmeier hat in einer denkwürdigen Rede am 18. Mai 1949 im Landtag die Entscheidung für das Grundgesetz und für die Bundesrepublik Deutschland mit folgenden Worten begründet:

Wir spalten nicht, sondern wir einigen und führen zusammen, wir führen heute zusammen alle diejenigen, die die Freiheit haben, diesem Ruf aus eigenem Entschluß zu folgen, aber nach unserem Wunsche lieber heute noch als morgen auch die, denen jetzt noch ein System der Unfreiheit die Möglichkeit nimmt, als freie Menschen zu leben und dahin zu streben, wohin sie Herz und Wunsch treiben.

In der Ordnung des Grundgesetzes hat Ministerpräsident Dr. Altmeier als Mitglied des Bundesrates einen beachtlichen Anteil an der Gesetzgebung des Bundes gehabt. Er sah im Bundesrat, das hat er immer wieder betont, nicht eine Interessenvertretung der Länder, sondern ein ausgesprochenes Bundesorgan.

Der Bundesratspräsident, Bürgermeister Weichmann, hat in seiner Abschiedsrede für Dr. Altmeier am 9. Mai 1969 von dem nachahmenswerten Beispiel gesprochen, daß Ministerpräsident Dr. Altmeier trotz ermüdender Inanspruchnahme durch die eigene Arbeit es sich nicht habe nehmen lassen, sein Land in steter Regelmäßigkeit im Plenum des Bundesrates zu vertreten.

(Beifall bei den Regierungspartelen.)

Bürgermeister Weichmann hebt dabei auch die besonderen Verdienste als Vorsitzender der Rundfunk- und Fernsehkommission der Ministerpräsidenten hervor. In Mainz, dem Sitz des Zweiten Deutschen Fernsehens, hat man besonderen Anlaß, sich dieser Tätigkeit dankbar zu erinnern.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Zweimal fiel Ministerpräsident Dr. Altmeier - in den Jahren 1954/55 und 1965/66 - das Amt des Bundesratspräsidenten zu. In dieser Eigenschaft hat er die verfassungsmäßige Vertretung des Bundespräsidenten verschiedentlich ausgeübt. Die Mitwirkung an der Bundespolitik beschränkte Ministerpräsident Dr. Altmeier bewußt auf die Arbeit im Rahmen des Bundesrates. Er hat mir einmal von einem frühen Entschluß erzählt, nie ein anderes Amt in Bonn anzunehmen.

Die Arbeit im Bundesrat verband Altmeier auch freundschaftlich mit einer Reihe hervorragender Persönlichkeiten wie Wilhelm Kaisen, Reinhold Maier, Hinrich Kopf und Karl Arnold, die gleich ihm ein geschichtliches Verdienst am Wiederaufbau in ihren Ländern

und an der Errichtung einer neuen demokratischen Ordnung in Deutschland haben.

Im weiteren Verlauf der Landespolitik ist die Regierungsbildung im Jahre 1951 bemerkenswert, weil sich Ministerpräsident Dr. Altmeier für die FDP als Koalitionspartner entschied, mit der er auch die Regierungen 1955, 1959, 1963 und 1967 bildete.

Einmal wurde in seiner Amtszeit gegen ihn ein Mißtrauensantrag gestellt, der keine Mehrheit fand.

Von 1948 bis 1967 hat Ministerpräsident Dr. Altmeier auch die parlamentarische Verantwortung für das Ministerium für Wirtschaft und Verkehr gehabt. Wer ihn kennt, wird mir bestätigen, daß Eignung und Neigung auch einen guten Finanzminister aus ihm hätten werden lassen.

Meine Damen und Herren! Die Generation, der Ministerpräsident Dr. Altmeier angehört, hat drei Bruchstellen unserer jüngsten Geschichte erlebt, die jeweils politische Entscheidungen verlangten.

Rückblickend mag es leicht erscheinen, an den Scheidewegen der Politik die richtige Orientierung zu wissen. Das kann zu einem harten Urteil über die führen, die dem Irrtum erlegen sind, aber auch zu einer Unterbewertung derjenigen, denen Charakter und Urteilsvermögen den richtigen Weg gewiesen haben.

Nach 1918 gehörte man zumindest in der bürgerlichen Welt zu einer angefeindeten Minderheit, wenn man sich zur Republik und ihren Farben bekannte. An der Wende, um 1933, stand die Versuchung, in einer Verzweiflungstat aus einer hoffnungslos erscheinenden politischen und wirtschaftlichen Situation auszubrechen. Aber auch diejenigen, die nach 1945 Verantwortung in Deutschland trugen, waren nicht vor politischen Irrtümern sicher. Der enge Bewegungsraum des Besatzungsstatuts hatte für manchen die Gefahr, in Selbsttäuschungen die Intentionen der Besatzungsmacht zu vollziehen oder, wie an der Saar, zu Vorleistungen für ein politisch geeintes Europa bereit zu sein, was den Realitäten aber nicht entsprach.

Wenn Bundesratspräsident Weichmann von Ministerpräsident Dr. Altmeier sagte, er habe in seiner langen Amtszeit das wachsen und gedeihen sehen, was er am Anfang anlegen und säen durfte, so gilt das in besonderem Maße von seinen Bemühungen um eine Verständigung und Freundschaft mit dem französischen Nachbarvolk. Dabei waren die ersten Begegnungen des Ministerpräsidenten Dr. Altmeier mit der französischen Besatzungsmacht eher dazu angetan, Ressentiments zu begründen. Die bestimmte und sachliche Verhandlungsweise des Ministerpräsidenten hat das unter den damaligen Umständen Mögliche für unser Land erreicht. Die gleichen Eigenschaften haben ihm aber auch in zunehmendem Maße die Achtung der französischen Verhandlungspartner erworben.

Nichts zeigt den Wandel der Verhältnisse mehr als das gerade durch Ministerpräsident Dr. Altmeier so sehr geförderte Freundschaftsverhältnis zwischen Rheinland-Pfalz und Burgund.

Der scheidende Regierungschef kann wohl selbst am besten beurteilen, welcher Wandel sich in den über zwei Jahrzehnten seiner Amtszeit in Rheinland-Pfalz vollzogen hat. Ministerpräsident Dr. Altmeier wird sich dabei auch an die polemische Diskussion um Ursprung und Daseinsberechtigung des Landes erinnern. Er selbst

(Präsident Van Volxem)

hat von Anfang an ein unkompliziertes Ja zu Rheinland-Pfalz gesagt, wohl aus der Erkenntnis, die später allgemein wurde, daß man in der Bewußtseinsspaltung zwischen grundsätzlicher Verneinung des Landes und den Erfordernissen einer konstruktiven Politik zu keiner positiven Leistung fähig ist. Dr. Altmeier kann bei seinem Rücktritt feststellen, daß ein bescheidenes Selbstbewußtsein, das sich inzwischen im Lande gebildet hat, eine gute Ausgangsposition für eine kommende, allgemeine Länderneuregelung ist.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Im Interesse der Konsolidierung des Landes setzte sich Dr. Altmeier auch für die Verlegung des Regierungssitzes von Koblenz nach Mainz ein, die am 16. Mai 1950 vom Landtag beschlossen wurde. Wer die Verbundenheit Dr. Altmeiers mit seiner Heimatstadt Koblenz kennt, der weiß diesen Entschluß besonders zu würdigen. Das Ja zu Rheinland-Pfalz erforderte von ihm auch die Zurückstellung der starken landsmannschaftlichen Bindung des Rheinländers an seine alte Provinz.

Meine verehrten Kolleginnen! Meine Kollegen! Das Bild des Ministerpräsidenten Dr. Peter Altmeier wäre unvollständig, ja verzerrt, wenn ich nicht eine Feststellung träge, die von Ihnen, meine Damen und Herren, in der Grundsätzlichkeit der Aussage nur positiv gewertet werden kann: Dr. Altmeier war auch in seiner Amtszeit als Ministerpräsident ein engagierter Parteiliker. Unser eigenes politisches Selbstverständnis erlaubt es nicht, irgendeine Beschwichtigung und eine Beschuldigung an diese Feststellung zu knüpfen.

Sehr verehrter Herr Ministerpräsident! Sie werden heute den Platz auf der Regierungsbank wechseln mit Ihrem Platz als Abgeordneter. Der Platz in den Reihen der Abgeordneten gibt Ihnen eine Freiheit, die Sie auf der Regierungsbank nicht hatten. Sie dürfen kontrollieren, wo Sie bisher kontrolliert wurden; Sie dürfen kritisieren, wo Sie bisher Objekt der Kritik waren.

Ich möchte aber auch das sagen:

Wir wissen, daß in dieser langen Amtszeit Person, Aufgabe und Amt so eng aneinander gewachsen sind, daß die Trennung schmerzhaft empfunden werden muß. Wir verstehen das und wir respektieren es.

In einem Vierteljahr, Herr Ministerpräsident, werden Sie das 70. Lebensjahr vollenden. Sehen Sie es als einen Ausdruck unserer guten Wünsche an, wenn wir uns für Sie freuen, daß die Bürde des Amtes Sie dann nicht mehr belastet, daß Sie nun auch die andere Seite des Lebens in Muße und in Kontemplation genießen können oder, darf ich sagen, genießen lernen.

Sie dürfen das, Herr Ministerpräsident, mit der Genugtuung und in der Gewißheit, dem Lande in 22jähriger Amtszeit als Ministerpräsident treu gedient zu haben.

(Langanhaltender, starker Beifall, wobei sich die Abgeordneten des Hauses von ihren Sitzen erheben.)

Das Wort hat Herr Ministerpräsident Dr. Altmeier!

Ministerpräsident Dr. h. c. Altmeier:

Sehr verehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Landtagskolleginnen und -kollegen! Meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir, zuerst Ihnen allen für diese Ovation, die Sie mit soeben bereitet haben, sehr herzlich zu danken. Sie haben mich damit zutiefst bewegt. Erlauben Sie mir zugleich, Ihnen, Herr Präsident, mit besonderer Herzlichkeit für die freundlichen Worte und für die guten Wünsche zu danken, mit denen Sie soeben die Bekanntgabe meines Rücktrittes von dem Amte des Ministerpräsidenten zum 18. Mai, dem Gedenktag unserer Landesverfassung von Rheinland-Pfalz, begleiteten, nachdem ich meine Absicht hierzu bereits im August des vergangenen Jahres der Öffentlichkeit mitgeteilt hatte.

In dem gleichen historischen Rathaussaal meiner Koblenzer Vaterstadt, in dem ich von 1929 bis 1933 als junger Stadtverordneter wirkte, erhielt ich aus der Hand der ersten, am 18. Mai 1947 freigewählten Volksvertretung die Berufung in das hohe Amt des Ministerpräsidenten am 9. Juli 1947, nachdem die neue Landesverfassung und die soeben erfolgte Wahl des Landtages die Voraussetzungen für diesen demokratischen Akt in freier Entscheidung der Wahlen nach Diktatur, Krieg und Zusammenbruch geschaffen hatten.

In die Hand dieses gleichen Parlamentes, wenn auch mit anderen Gesichtern, gebe ich nunmehr dieses Amt wieder zurück. Das aber möchte, meine Damen und Herren, nicht geschehen, ohne zuvorderst allen in diesem Hohen Hause Dank zu sagen, die mir durch mehr als zwei Jahrzehnte hindurch ihr Vertrauen schenkten, dadurch meine Amtsführung begründeten, mir dieses ihr Vertrauen in den vielfältigen politischen Auseinandersetzungen bis zu diesem heutigen Tag bewahrten, wobei ich auch seitens der Opposition stets eine sachliche Würdigung in der Anerkennung des persönlichen Wollens erfuhr.

Dafür möchte ich sehr herzlich danken. Denn ohne dieses Vertrauen des Parlamentes - wir sind gute Demokraten und wissen den Wert eines Parlamentes, wie immer es zusammengesetzt ist, zu schätzen - hätte ich vor allem in jener schwersten Zeit, von der der Herr Präsident gesprochen hat, überhaupt nicht zu stehen und schon gar nicht zu bestehen vermocht, wie immer auch der einzelne aus seiner Sicht über konkrete politische Entscheidungen urteilte, mit denen ich mich gerade damals so manches Mal jäh und unversehens - oft auch in der letzten Minute -, ganz allein konfrontiert sah.

In diesen langen Jahren parlamentarischer Verantwortung, über die unsere Bevölkerung mit ihren Stimmzetteln immer wieder richtete, habe ich oft gespürt, was es an Schwerem bedeutet, für die Richtlinien der Politik, so wie es in der Verfassung steht, verantwortlich zu sein. Der Erfolg der politischen Entscheidungen beurteilt sich ja - das erleben wir alle, jeder in seinem politischen Wirken - nicht immer nach dem Beifall der veröffentlichten Meinung, die manchmal recht unkritisch auszufallen pflegt. Er zeigt sich vielmehr oft - wie könnte das eine Zeit besser beweisen als die letzten 22 Jahre - erst nach langen Jahren, wenn kein Mensch mehr daran denkt, wie es war und wer wohl eigentlich den Stein des Anstoßes oder des Erfolges zu diesem und jenem seinerzeit ins Rollen gebracht hat. Wir alle wissen ja aus langjähriger politischer Erfahrung - unbeschadet unserer parteilichen

(Ministerpräsident Dr. h. c. Altmeier)

Zugehörigkeit -: Wenn alles gutgeht, was der einzelne gemacht hat, dann wird der öffentliche Erfolg ebenso öffentlich auf alle verteilt. Der scheinbare Mißerfolg aber wird von Hand zu Hand weitergereicht und landet schließlich bei dem „Verantwortlichen da oben“, der dann Rede und Antwort zu stehen hat.

Der Herr Landtagspräsident, meine Damen und Herren, hat soeben mit uns eine kurze politische, aber sicherlich für alle besinnliche Wanderung durch diese letzten 22 Jahre gemacht und die verschiedenen Stationen von 1947 bis 1969, ja man kann sagen von 1945, aufgezeigt. Denn auch diese Jahre der Vorbereitung einer kommenden neuen politischen Tätigkeit gehören mit hinein. Der Herr Präsident hat von den „drei Bruchstellen unserer jüngsten Geschichte“ gesprochen, von den Jahren 1945 bis 1947, in denen jede übergeordnete Staatlichkeit völlig fehlte, von unserer Landespolitik in den Jahren 1947 bis 1949, wo es noch keine Bundesrepublik gab und wir in den größten politischen deutschen Fragen hier im Westen unseres Vaterlandes allein auf uns angewiesen waren und dabei den dringenden Lebensnotwendigkeiten gegenüberstanden. Darüber durfte zu keinem Zeitpunkt das gesteckte größere Ziel vergessen werden, eine neue Staatlichkeit zu schaffen, um die verlorene Einheit wiederzuerlangen. Wir hatten als Bekenntnis den Artikel 74 in unserer Verfassung hineingeschrieben, der besagt, daß Rheinland-Pfalz ein demokratischer und sozialer Gliedstaat Deutschlands sein und hier zu einem Zeitpunkt, wo wir noch nicht wußten, wie und wann sich das vollziehen werde, um eines Tages wieder zu einer Einheit zu kommen.

Dann kam im Juli die Rittersturz-Konferenz zu Koblenz. Sie wird immer, wenn ich das so sagen darf, eines der größten Erlebnisse in meinem politischen Leben darstellen. Hier auf dem Rittersturz kamen wir zum Parlamentarischen Rat. Ich habe in den stenographischen Berichten nachgelesen und dabei festgestellt, daß dieses Wort von einem „Parlamentarischen Rat“ - zum ersten Mal von mir ausgesprochen - in die Debatte hineinkam. Man wollte bewußt keine „große deutsche Nationalversammlung“, da diese Bezeichnung angesichts der Unmöglichkeit der Erreichung der Einheit des Ganzen in der Freiheit zu diesem Zeitpunkt auch unangebracht schien.

Es kam dann zum Parlamentarischen Rat; es kam zur Annahme des Grundgesetzes durch die deutschen Länderparlamente. Herr Präsident Van Volxem hatte soeben die Freundlichkeit, aus meiner Rede vor dem Landtag am 18. Mai 1949 zu zitieren. Ich habe daraufhin noch einmal nachgeblättert. Damals sagte ich auch:

Wenn echte Demokraten, Heimmattreue und Deutsche, und zugleich gute Europäer, ihre ganze Kraft für die Verwirklichung der in diesem Grundgesetz niedergelegten Staatsgedanken einsetzen wollen, dann dürfte sein Inhalt eine ausreichende Botschaft für eine günstige Entwicklung des deutschen Bundesstaates darstellen.

Meine Damen und Herren! Wenn ich mich mit diesem Satze ausnahmsweise einmal selbst zitiere, dann geschieht es deshalb, weil hier nicht nur Anruf, Mahnung und oft auch Optimismus spürbar war, sondern vor allem auch, weil wir heute rückschauend und mit großem Respekt an unser ganzes Volk mit Dankbarkeit denken, das durch seiner Hände- und Geistesarbeit in diesen langen Jahren an dem vollzogenen Aufbau

der Bundesrepublik Deutschland einen so verdienstvollen Anteil hat wie auch an alledem, was in den vielgestaltigen kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Bereichen wie auch in unserem wiedergewonnenen Anteil am Ansehen draußen in der Welt geschaffen werden konnte und uns zuteil wurde.

Aber auch das andere wäre noch in dieser Stunde zu sagen: Wir leben, meine Damen und Herren, in der parlamentarischen Demokratie und haben Staat und Gemeinschaft den hohen Prinzipien des sozialen und demokratischen Rechtsstaates untergeordnet. Das geschieht in der politischen Auseinandersetzung auch in diesem Hause, die - das ist selbstverständlich, wie könnte es anders sein in der Freiheit - die verschiedenen Auffassungen zum Tragen bringt, wobei nach den Spielregeln des demokratischen Parlaments letztlich die Mehrheit die Entscheidung herbeiführt, diese dann aber auch zu verantworten hat. Immer waren wir uns in diesem Hohen Hause darin einig, daß über alle politischen Einzelfragen und Anschauungen hinaus niemals mehr an den demokratischen Grundprinzipien gerüttelt werden darf und daß wir es niemals mehr zulassen dürfen, daß noch einmal Unverstand, Arroganz und ein verderblicher Nationalismus zur Diktatur und Gewalt führt.

(Beifall im Hause.)

Auch hier stehen wir unter jenem anderen Bekenntnis unserer Landesverfassung, wo es heißt, immer daran teilzuhaben, „ein demokratisches Deutschland als lebendiges Glied der Völkergemeinschaft zu formen“. Das heißt doch: Frieden und Freundschaft mit der Welt, Frieden und Freundschaft vor allem zu unseren Nachbarn; das heißt doch: die föderale Grundordnung, die die Väter des Grundgesetzes aus voller Überzeugung in einer vertikalen Gewalteinteilung schufen, zu bejahen und in der Praxis unserer Arbeit, auch in unserem Parlament, mit pulsierendem Leben zu erfüllen.

Wie im Bundesrat vor wenigen Tagen bei der Verabschiedung eines seiner Mitglieder, das vom ersten Tage an mit dabei war, so möchte ich mich auch in dieser Stunde hier vor diesem Landtag uneingeschränkt dazu bekennen, weil diese bundesstaatliche Zusammenarbeit fruchtbarer und unserem Staate gemäßer ist als ein System, das alles und jedes, ohne Rücksicht auf die gewachsenen Unterschiede und Kräfte der Landschaften und ihrer Menschen, über einen Kamm scheren möchte. Die deutschen Bundesländer haben sich nie versagt, wenn immer es darum ginge, das Ganze, den Bund, zu sehen in seinen vielfältigen politischen und wirtschaftlichen Verflechtungen, ihn nach innen moderner und nach außen aktionsfähiger zu machen, wissend, daß die im Grundgesetz grundlegende föderale Gliederung als politisches Ordnungsprinzip eine klare Entscheidung über die Gliederung des Gesamtstaates, aber auch über die Teilnahme der Gliedstaaten getroffen hat, die darin gewissermaßen - das ist die hohe Aufgabe der Länder - eine Integrationsfunktion erfüllen, die für das Gedeihen des gesamten Staates der Bundesrepublik von so großer Wichtigkeit sind.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich es aussprechen: Ich habe es immer als eine geradezu großartige Komposition empfunden, daß sich die Bundesrepublik Deutschland wie auch ihre Gliedstaaten stets als demokratischer und sozialer Staat verstanden ha-

(Ministerpräsident Dr. h. c. Altmeier)

ben und hoffentlich auch in alle Zukunft hinein verstehen werden.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Da ist die strenge Rechtsstaatlichkeit auf der einen Seite und auf der anderen Seite die wachsende Entfaltung der Sozialstaatsidee. Und beides sind in der Tat Errungenschaften, die doch diesen unseren Staat jedem Staatsbürger so liebenswert machen müßten.

Meine Damen und Herren! Ich wollte dies nur noch kurz andeuten und keine Regierungserklärung mehr abgeben über die vielen wirtschaftlichen und anderen Fragen, um die es ging und weiterhin gehen wird. Es kam mit darauf an, in dieser Stunde des Abschieds von meinem Amt zu unterstreichen, daß ich mich in diesem Amte stets den erwähnten Grundsätzen verpflichtet gefühlt habe. Wenn die Verfassung grundgelegt hat, daß der Ministerpräsident die Richtlinien der Politik bestimmt, so möchte ich meinen, daß ich mich stets auch in den Verantwortlichkeiten, die dadurch übernommen wurden, daran gehalten habe, mich mindestens stets darum bemühte. - Ob es immer gelungen ist? Ich weiß es nicht! Es erfüllt mich mit großer Genugtuung und Freude, daß der Herr Präsident soeben von dem Selbstbewußtsein der Bürger unseres Landes gesprochen hat. Es ist auch wahr, ich bin immer, vor allem als dies noch sehr schwer war, für den Bestand unseres Landes eingetreten und habe Zerschlagungspläne eigensüchtiger Rivalen abgewiesen, ohne dabei im Geiste des Grundgesetzes großräumige Konzeptionen für eine Neugliederung des gesamten Bundesgebietes je in Abrede zu stellen oder in Abrede stellen zu wollen. Das aber muß dann eine allumfassende Neuordnung des gesamten Bundesgebietes sein.

Ich freue mich, meine Damen und Herren, daß die Bevölkerung unseres Landes, wie man es immer wieder zu spüren vermag bei den Fahrten durch das Land, ein gesundes Selbstverständnis und ein treues Heimatbewußtsein gewonnen hat, das sich auch in der politischen Aktivität unserer Tagespolitik, so meine ich, in jeder Sitzung hier in diesem Hohen Hause erneut bestätigt. Den rechtstheoretischen Streit im Einzelfalle, wem die Staatsleitung in der gewaltenteilenden Demokratie zusteht, habe ich nicht nur theoretisch zu lösen, sondern vor allem auch in der Praxis der Arbeit des Tages zu bewältigen gesucht. In vollem Umfange respektiere ich die Initiative des Parlaments, an dessen Rechte ich in Zukunft als gewählter Abgeordneter und, wie der Herr Präsident gesagt hat, mit viel mehr Freiheiten als bisher auch weiterhin teilhaben werde. So, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, wie ich mich darum mühte, die Pflichten des Amtes letztlich in christlicher Verantwortung und begleitet von dem Vertrauen unserer Bürger zu erfüllen, so möchte ich mit nochmaligem Dank an Sie alle versichern, daß ich der jeweiligen Staatsleitung mit derselben Achtung und Beachtung begegne, die ich selbst in meiner langen Amtszeit vorausgesetzt und solange und sooft erfahren habe. Wer hätte es mir an der Wiege gesungen, 22 Jahre an der Spitze eines Staates stehen zu dürfen? Für dieses alles danke ich Ihnen, meine Damen und Herren, dem Parlament, und damit einem jedem unserer Bürger in Rheinland-Pfalz, von ganzem Herzen!

(Lebhafter Beifall des Hauses.)

Präsident Van Volxem:

Meine Damen und Herren! Durch den Rücktritt des Ministerpräsidenten wird eine Neuwahl nach Artikel 98 der Landesverfassung erforderlich. Artikel 98 Abs. 2 erster Satz lautet: „Der Landtag wählt ohne Aussprache den Ministerpräsidenten mit der Mehrheit der gesetzlichen Mitgliederzahl.“

Darf ich fragen, ob Vorschläge gemacht werden? Herr Abgeordneter Gaddum (CDU)!

Abg. Gaddum:

Herr Präsident! Sehr verehrte Damen! Meine Herren! Namens der Fraktionen der CDU und FDP schlage ich Ihnen zur Wahl zum Ministerpräsidenten vor Herrn Abgeordneten Dr. Helmut Kohl.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Präsident Van Volxem:

Werden weitere Vorschläge gemacht? - Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Wahl. Die Wahl erfolgt mit Stimmzetteln. Sie werden Ihnen jetzt ausgeteilt. Ich bitte Sie, die Stimmzettel entsprechend anzukreuzen und gefaltet in den beigelegten Umschlag zu stecken. -

Ich stelle fest, daß jeder jetzt im Besitz eines Stimmzettels ist. - Ich kann die Stimmzettel nun einsammeln lassen. Ich bitte Sie, auf den Plätzen zu bleiben und die Stimmzettel persönlich abzugeben. - Haben alle Abgeordneten von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht? Ich höre keinen Einwand. Dann schließe ich die Abstimmung und lasse auszählen.

Ich muß zur Anwesenheit noch folgendes korrigieren: Ich hatte Herrn Abgeordneten Belzner als entschuldigt angegeben. Nun stelle ich fest, daß er an der Abstimmung teilgenommen hat.

Ich gebe das Ergebnis der Wahl bekannt. An der Wahl haben sich 96 Abgeordnete beteiligt.

Für den Herrn Abgeordneten Dr. Kohl

haben gestimmt	57
mit Nein	38
Enthaltungen	1
zusammen	96.

Ich frage den Herrn Abgeordneten Dr. Kohl, ob er die Wahl annimmt.

Abg. Dr. Kohl:

Ich nehme die Wahl an.

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.)

Präsident Van Volxem:

Ich bitte nunmehr den Herrn Abgeordneten Dr. Kohl, zur Eidesleistung nach hier zu kommen.

Herr Dr. Kohl, ich spreche Ihnen die Eidesformel in Absätzen vor und bitte Sie, jeweils den Absatz zu wiederholen.

Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden -

Ministerpräsident Dr. Kohl:

Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden -

Präsident Van Volxem:

- daß ich mein Amt unparteiisch -

Ministerpräsident Dr. Kohl:

- daß ich mein Amt unparteiisch -

Präsident Van Volxem:

- getreu der Verfassung und den Gesetzen -

Ministerpräsident Dr. Kohl:

- getreu der Verfassung und den Gesetzen -

Präsident Van Volxem:

- zum Wohle des Volkes führen werde -,

Ministerpräsident Dr. Kohl:

- zum Wohle des Volkes führen werde, so wahr mir Gott helfe!

Präsident Van Volxem:

Herr Ministerpräsident! Ich darf Ihnen als erster die Glückwünsche des Hauses überbringen und darf Ihnen Gottes Segen für Ihre Arbeit zum Wohle unseres Landes und seiner Bevölkerung wünschen.

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.)

Ich unterbreche die Sitzung für genau eine Viertelstunde. Nach Wiedereröffnung wird der Ministerpräsident die Neuernennung der Regierung bekanntgeben.

Unterbrechung der Sitzung: 11.33 Uhr.

Wiederbeginn der Sitzung: 11.49 Uhr.

Präsident Van Volxem:

Die Sitzung ist wieder eröffnet. Das Wort hat Ministerpräsident Dr. Kohl!

Ministerpräsident Dr. Kohl:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf mich zunächst sehr herzlich bei Ihnen bedanken, sehr verehrter Herr Präsident, für die Glückwünsche und die guten Worte, die Sie zu Beginn der Sitzung für dieses schwere Amt ausgesprochen haben.

Meine Damen und Herren! Es ist in der Tat ein denkwürdiger Augenblick in der Geschichte unseres jungen Landes. Der Anlaß ist ungewöhnlich, und die Intention des Historischen ist ohne weiteres, wie ich finde, gegeben. Rein verfassungsrechtlich ist es ein einfacher Vorgang: die Neuwahl eines Ministerpräsidenten. Durch die Persönlichkeit, durch seinen Weg und die Dauer seines Amtes des ausscheidenden Ministerpräsidenten ist es in der Tat ein Stück mehr geworden, nämlich auch ein Stück Geschichte unseres Landes, und wenn man es in die Entwicklung der deutschen Gesellschaft von heute hineinstellt, ein Stück Generationswechsel in der deutschen Politik. Es ist heute nicht die Stunde, ich will es morgen eingehend in der Regierungserklärung tun, um die Leistung Peter Altmeiers und seiner Mitarbeiter in diesen mehr als zwanzig Jahren zu würdigen. Ich glaube aber, ich darf heute schon sagen, daß ihm unser aller Dank gebührt.

(Starker Beifall bei den Regierungsparteien.)

Wenn ich das sage, schließe ich in diesen Dank mit ein die vielen Kollegen und Weggenossen in diesen mehr als zwanzig Jahren in allen demokratischen Parteien unseres Landes.

Der Herr Präsident hat darauf verwiesen, daß nur noch wenige Abgeordnete der ersten Stunde Mitglied des Hohen Hauses sind. Ich selber habe in über zwanzig Jahren politischer Tätigkeit viele Männer und Frauen der ersten Stunde kennen- und schätzengelern. Ich darf sagen, daß einige zu meinen Freunden wurden. Wenn wir heute dieses Stück Generationswechsel sehen, stehen die Bilder mancher früherer Kollegen in diesem Hohen Hause vor uns, die wir bereits zu Grabe fragen mußten. Selbst wenn einer wie ich einmal als Jüngster in dieses Haus kam, hatte er die traurige Pflicht, an nicht wenigen Gräbern zu stehen. Ich meine, es ist ein Akt selbstverständlicher Kameradschaft, alle diese Kollegen, die von uns gegangen sind, aus allen Fraktionen dieses Hohen Hauses, in diesem Augenblick mit zu erwähnen.

In diesen Dank schließt sich aber noch etwas anderes ein. Wir stehen in einer Umbruchsituation unserer Gesellschaft in der zweiten Phase deutscher Politik nach dem Wiederbeginn, nach der Phase des Wiederaufbaues. Manch einer der Jungen, vor allem der ganz Jungen, der Nachgeborenen, die die Zeit des Dritten Reiches, den zweiten Weltkrieg und die Phase des Wiederaufbaues nicht mehr selbst miterlebt und gestaltet haben, sprechen heute oft leichtfertig über diese Zeit. Dies ist menschlich verständlich, aber historisch falsch. Es scheint mir wichtig zu sein, daß jene wie ich, die in einer Generation sozusagen dazwischenstehen, auch den Jüngeren durch ihr Tun deutlich machen, daß

(Dr. Kohl)

wir alle auf den Schultern jener Männer und Frauen der ersten Stunde stehen und daß unser heutiges Wirken ohne ihre Taten nicht möglich wäre.

(Beifall des Hauses.)

Sie haben wirklich in der Stunde Null unseres Volkes mit Hand angelegt. Manche auch jener Ewiggestrigen, die heute nun mit alten, verstaubten Rezepten früherer politisch gescheiterter Konzeptionen vor uns treten, wollen das alles vergessen machen. Wir wollen das nicht!

Wenn ich Dank sage, darf ich auch denen danken, die mir heute ihre Stimme gegeben haben, den Abgeordneten der Koalition, den Kollegen aus dem Kreise der FDP und der CDU. Sie haben sicher Verständnis dafür, daß ich vor allem hier ein persönliches Wort zu meinen Freunden aus der CDU sage, die mir in guter Freundschaft und guter Kameradschaft diesen Weg in den zehn Jahren zu diesem heutigen Tag ermöglicht haben.

Ich habe auch als Parlamentarier natürlich Verständnis für die Haltung der Opposition in diesem Hause. Es wird wichtig sein, daß wir gemeinsam arbeiten und vielleicht in vielen Punkten - warum sollte ich das nicht sagen - in einer verbesserten Form zwischen Regierung und Opposition, auch zwischen Regierung und Regierungsparteien, zu einer vernünftigen Zusammenarbeit zum Wohle unseres Landes kommen werden. Wer mich kennt - viele von Ihnen kennen mich aus nächster Nähe in diesen Jahren -, der weiß, daß ich bei aller Freude über dieses hohe Amt, das mir Ihr Vertrauen gegeben hat, nicht ohne Wehmut aus einem Amte scheidet, das ich jahrelang in diesem Hause als einer der Ihren, als Vorsitzender meiner Fraktion führen durfte; ein Amt, das ich gern und mit Leidenschaft geführt habe. Ich danke all denen, die mitgeholfen haben, daß in diesen Jahren aus dem jüngsten Mitglied des Hauses in mancher leidenschaftlichen Debatte ein Fraktionsvorsitzender geworden ist, der manches nicht mehr so sagen konnte wie zuvor. Ich hoffe, daß dieses neue Amt mir eine weitere Chance der Bewährung gibt.

Das Amt des Ministerpräsidenten unseres Landes - und dies sagt der Amtseid, den ich eben leisten durfte - muß unparteiisch zum Wohle aller Bürger unseres Landes geführt werden. In dieser schweren, schnellebigen und stürmischen Zeit ist dies eine schwere Bürde. Niemand - auch ich nicht - kann dieses Amt führen ohne Gottes Beistand. Niemand kann dieses Amt führen ohne die Hilfe und die Unterstützung aller Bürger dieses Landes. Dies gilt in besonders hohem Maße für alle Mitglieder dieses Hohen Hauses, die ich sehr herzlich zu einer offenen Mitarbeit einladen darf.

Gemäß Artikel 98 der Landesverfassung habe ich soeben die folgenden Herren zu Ministern ernannt:

zum **Minister des Innern** den bisherigen Staatsminister August Wolters,

zum **Minister für Wirtschaft und Verkehr** den bisherigen Staatsminister Dr. Hanns Neubauer,

zum **Minister für Finanzen und Wiederaufbau** den bisherigen Staatsminister Dr. Herrmann Eicher,

zum **Minister der Justiz** den bisherigen Staatsminister Fritz Schneider,

zum **Minister für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten** den bisherigen Staatsminister Otto Meyer,

zum **Sozialminister** den bisherigen Staatsminister Dr. Heinrich Geißler und

zum **Minister für Unterricht und Kultus** den bisherigen Staatsminister Dr. Bernhard Vogel.

Ich darf Sie, Herr Präsident bitten, die Vereidigung der Herren Minister vorzunehmen.

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.)

Präsident Van Volxem:

Ich bitte nun die neuernannten Minister nach hier zur Eidesleistung!

Meine Herren! Ich werde Ihnen die Eidesformel vorschlagen und darf Sie bitten, bei Namensaufruf einzeln den Eid durch die Worte: „Ich schwöre es“ zu bekräftigen. - Ich bitte Sie, die Hand zu erheben.

Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, daß ich mein Amt unparteiisch, getreu der Verfassung und den Gesetzen, zum Wohle des Volkes führen werde.

Herr Staatsminister Wolters, wenn Sie bereit sind, diesen Eid zu leisten, darf ich Sie bitten, dies zu bekräftigen.

Staatsminister Wolters:

Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Van Volxem:

Herr Staatsminister Dr. Eicher!

Staatsminister Dr. Eicher:

Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe!

Präsident Van Volxem:

Herr Staatsminister Schneider!

Staatsminister Schneider:

Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe!

Präsident Van Volxem:

Herr Staatsminister Dr. Neubauer!

Staatsminister Dr. Neubauer:

Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe!

Präsident Van Volxem:

Herr Staatsminister Dr. Geißler!

Staatsminister Dr. Geißler:

Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe!

Präsident Van Volxem:

Herr Staatsminister Dr. Vogel!

Staatsminister Dr. Vogel:

Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe!

Präsident Van Volxem:

Herr Staatsminister Meyer!

Staatsminister Meyer:

Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe!

Präsident Van Volxem:

Meine Herren! Ich darf Ihnen zur Übernahme Ihres Amtes die Glückwünsche des Hauses aussprechen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Meine Damen und Herren! Ich darf Sie jetzt zu einem Empfang zu Ehren von Herrn Ministerpräsident Dr. Altmeier in den Raum 7 bitten.

Ich schließe die heutige Sitzung und berufe die nächste Sitzung ein für morgen, den 20. Mai, 9.30 Uhr.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 12.01 Uhr.